Nr. 140 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 4. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13526, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 82 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffer- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Stellenanzeigen 10 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.80, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Englische Weltpolitik

Wider alles Erwarten hat sich die Türkei seit dem Friedenszustand mit Entschlossenheit gegen die Anerkennung der Ententediktatur gesträubt. Zwar hat sich die Konstantinopeler Regierung, die im Banne der Alliierten und ihres ansehnlichen Machtaufgebotes am Goldenen Horn steht, dazu verstanden, die hoffnungslose Versammelung der Türkei in einer Art Fatalismus als vollendete Tatsache hinzunehmen. Diese schlappe Haltung hat aber in Kreisen, die der jungtürkischen Bewegung Enver Paschas nahestehen, bekanntlich eine starke Gegenströmung ausgelöst, die im anatolischen Bergland, dem Rückgrat des Osmanischen Reiches, ihren Ausgangspunkt findet. Es kann offen zugegeben werden, daß bei den ersten Meldungen von einem nationalistischen türkischen Widerstand, der mit militärischen Mitteln eine Milderung des Vernichtungsfriedens anstrebte, niemand an einen Erfolg glaubte. Heute nun liegt die Sache so, daß sich Großbritannien genötigt sieht, mit den Nationalisten unter Führung Mustafa Kemals zu verhandeln.

Der Grund zu dieser Schwenkung zur Versöhnlichkeit liegt freilich nicht auf militärischem Gebiet. Hierbei gaben fast ausschließlich politische Erwägungen den Ausschlag. Nach einer von Havas und Reuter verbreiteten Meldung wird zur Zeit zwischen den türkischen Regierungstruppen und den Führern der nationalistischen Aufstände wegen eines Waffenstillstandes verhandelt. Man geht wohl nicht fehl, diese Anbahnung von Friedensverhandlungen auf englisches Anraten zurückzuführen. England fürchtet um seinen asiatischen Besitz in Mesopotamien, Persien, Aegypten und Indien. Es hat erkannt, daß die drohende Einigung zwischen Moslem und Bolschewismus sich zu einer Macht auswachsen könnte, die für den verwundbaren Besitz Englands in jenen Ländern, die von mohammedanischen Fanatikern durchsetzt sind, besonders gefährlich ist.

Wie richtig der kühle Rechner an der Themse die Lage übersieht, beweist die Anknüpfung von Verhandlungen, zunächst lediglich wirtschaftlicher Art, mit Räterußland. Diese Londoner Besprechungen zwischen Krassin und Lloyd George stehen offenbar mit dem Einlenken in der türkischen Frage in einem gewissen inneren Zusammenhang und voraussichtlich wird es England auf dem Wege dieser Doppelverhandlungen wiederum gelingen, seinen Besitz dadurch zu sichern, daß es mit seinen Gegnern, die ihm durch moralischen Einfluß auf den England seit jeher besonderes Gewicht gelegt hat, gefährlich werden können, einen Frieden schließt, der diesen Ländern weit genug entgegenkommt, um sie halbwegs zufriedenzustellen, ohne sich selbst dabei sehr wehe zu tun. Der französische Bundesbruder aber dürfte in seinem Kampfe gegen das türkische Wespennest wohl bald allein stehen.

•

Die Regierungstruppen laufen über

☞ **Konstantinopel**, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die türkischen Nationalisten haben in der Nähe der ottomanischen Hauptstadt einen Sieg errungen. Die Truppen wurden von Adamur kommandiert. Sie befinden sich jetzt auf dem Westufer des Marmarameeres. Dieser Sieg wäre ihnen sicher nicht gelungen, wenn nicht so viele Regierungstruppen zu ihnen übergegangen wären. Man nimmt an, daß die türkische Regierung, um sich der Friedensunterzeichnung zu entziehen, jetzt den Anschluß an die Nationalisten sucht.

•

Erfolge der türkischen Nationalisten

+ **Konstantinopel**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die nationalistischen Streitkräfte haben überall Vorteile über die Regierungstruppen erzielt. Einem Gerücht zufolge, wird zwischen der Regierung und den Anhängern Kemals durch eine Mittelsperson verhandelt.

☞ **Paris**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das „Journal" meldet aus Konstantinopel: Die letzten Nachrichten, die eingegangen sind, besagen, daß Mustafa Kemal die Offensive ergriffen habe. Den nationalistischen Truppen sei es wieder gelungen, Ada Paicha zu besetzen und sich auf der Nordseite des Golfes von Ismid festzusetzen. Die Regierung von Konstantinopel soll mit Mustafa Kemal in Unterhandlungen eingetreten sein.

•

Die Regierung stimmt den Nationalisten zu

Die „Times" melden aus Konstantinopel, daß die türkische Regierung mit Rücksicht auf die allgemeine Einhelligkeit der öffentlichen Meinung über den Friedensvertrag beschlossen hat, den Feldzug gegen die Nationalisten nicht weiter fortzusetzen. Es ist nicht bekannt, ob ein Abkommen geschlossen wurde. Jedenfalls ruhen auf beiden Seiten die Waffen.

Die bolschewistische Agitation in Persien

☞ **Paris**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Aus Bagdad meldet „Echo de Paris": In Persien entfalten die Bolschewisten eine immer heftigere Tätigkeit. Die Unsicherheit nimmt im ganzen Lande in erschreckender Weise zu. Die Bank von Teheran stellt ihre Forderungen ein und bewilligt keinerlei neue Kredite. Die Erregung unter der Bevölkerung ist groß.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat sich der persische Minister für auswärtige Angelegenheiten, der sich augenblicklich in London aufhält, wegen der Besetzung Enzelis durch die russische rote Armee an den Völkerbund um Schutz gewandt.

Ein Protest der Ukraine

Englischen Blättern zufolge protestierte die diplomatische Vertretung der Ukraine in London bei der englischen Regierung dagegen, daß das im Besitze der Sowjetregierung befindliche ukrainische Gold bei der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland als Zahlungsmittel benutzt werde.

Die Verhandlungen mit dem Vertreter der Bolschewisten

☞ **Paris**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) „Intransigeant" meldet aus London: „Daily Mail" glaubt zu wissen, daß Krassin versprochen habe, jede Propaganda gegen England sowohl in Indien als auch in Palästina einzustellen. Auch in Irland soll sich Krassin jeder Einmischung enthalten. Jedenfalls sagt „Intransigeant", Krassin habe etwas erreicht. Frankreich sei aufs neue von seinem englischen Verbündeten getrennt. Krassin ist es gelungen, ein Bureau und eine Wohnung in London zu erhalten. Er teilt mit, daß er in einigen Tagen eine neue Unterredung mit Lloyd George haben werde.

Das „Journal" meldet aus London: In Widerspruch mit verschiedenen Nachrichten über die Errichtung eines russischen Bureaus in London meldet „Daily Chronicle", daß Krassin noch keine Erlaubnis zur Errichtung eines solchen Bureaus erhalten habe. Die heutige Konferenz habe überhaupt nur den Charakter einer Vorbesprechung getragen. Die Errichtung eines russischen Bureaus in London werde etwas Natürliches sein. Vorläufig ist aber noch keine Entscheidung gefallen. „Daily Mail" behauptet, daß in der Unterredung Krassins mit Lloyd George diplomatische Fragen von großer Bedeutung erörtert werden sollen. Man meldet ferner, daß Krassin keine Vollmachten habe, denn er müsse sich des öfteren mit Moskau telegraphisch in Verbindung setzen. Das läßt voraussehen, daß sich die Besprechungen eine lange Zeit hinziehen werden.

•

Zweifel an den Bolschewisten

☞ **London**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Man zweifelt daran, daß die mit Krassin begonnenen Unterredungen zu einer Lösung der anglo-russischen Verhältnisse führen werden. Man glaubt, daß die Regierung Lenin nicht mehr auf festen Füßen stehe, und zweifelt auch daran, daß Krassin das volle Vertrauen der Moskauer Sowjet besitzt. In London geht das Gerücht, daß Lenin die Absicht habe, sich den gemäßigteren Elementen anzuschließen. Jedenfalls hat sich nichts Neues in der Konferenz am Montag ereignet.

•

Waren gegen Waren

☞ **London**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die englische Regierung hat den Antrag der Bolschewisten, die Waren, die sie in England kaufen, mit Gold zu bezahlen, abgelehnt. Man will die Handelsbeziehungen mit Rußland auf der Grundlage aufbauen, daß ein Warenaustausch, also Ware gegen Ware, vorgenommen wird. Krassin hat bei der Unterredung am Montag eigentlich nicht viel erreichen können. Er erwartet noch weitere Instruktionen von Moskau. Mit dem Obersten Wirtschaftsrat hat er auch noch keine Unterredung gehabt. Der Oberste Wirtschaftsrat hat ihn gebeten, zur Erleichterung der künftigen Unterredungen, einen bis ins einzelne gehenden Bericht auszuarbeiten und in diesem zu sagen, wieviel und welche Art von Waren Rußland ausführen könne, und ob es über die Transportmittel verfüge, diese Waren zur Verschiffung in die Häfen zu bringen. Dieser Bericht wurde gestern erst verlangt. Man vermutet, daß die nächste Sitzung nicht vor Montag stattfinden wird.

•

Verhandlung mit der Tschecho-Slowakei?

☞ **Paris**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: „Daily Herald" spricht davon, daß Krassin sich gestern abend auf die tschecho-slowakische Botschaft begeben habe, um den Minister des Aeußern zu sprechen, der sich gegenwärtig in London aufhalte. Da sich das Gerücht von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Tschecho-Slowakei bestätigt, so mißt man dem Besuche Krassins große Bedeutung bei. Vielleicht größere Bedeutung, als man den Unterredungen Krassins mit englischen Diplomaten beimißt.

•

Die Gefangenenfrage

× **Amsterdam**, 3. Juni. Auf eine Anfrage erklärte im englischen Unterhause ein Vertreter des Kriegsamtes, daß die Bolschewisten bei der Einnahme von Baku fünf englische Marineoffiziere und 28 Matrosen gefangengenommen haben und daß alle Versuche der englischen Regierung, ihre Freilassung durchzusetzen, bisher gescheitert sind.

Zur Abtretung der ersten Zone

Ueber die aufgezwungene Clausensche Linie in dem Vertragsentwurfe, auf den Deutschland binnen zehn Tagen eine Antwort geben soll, heißt es in der „Deutschen Allg. Ztg.": Die vorgesehene Grenze verläuft ungefähr wie die Clausenlinie mit einigen Abweichungen zuungunsten Deutschlands. Neu ist gegenüber dem Friedensvertrage, daß Dänemark nicht nur den deutschen Staatsbesitz, sondern auch den Provinzialbesitz der Provinz Schleswig-Holstein und den Privatbesitz aller Mitglieder des früheren schleswig-holsteinischen Herzogshauses erwerben soll. Alle Kauf-, Miet- und Pachtverträge in bezug auf Staats- oder Provinzialgüter, nach dem Waffenstillstand abgeschlossen, sollen null und nichtig sein, wenn nicht Dänemark zustimmt.

•

Generalstreik in der ersten Zone

* **Flensburg**, 3. Juni. Hier verlautet mit großer Bestimmtheit, daß die fremden Truppen Flensburg und die ganze zweite Zone Mitte Juni verlassen werden. — In Apenrade wurde gestern von den Vertretern sämtlicher Gewerkschaften der ersten Zone beschlossen, heute Donnerstag in den Generalstreik zu treten. Die Arbeitnehmer verlangen einen Lohn von zwei Kronen die Stunde, während die Arbeitgeber nicht mehr bezahlen wollen, als in Dänemark üblich ist.

•

Die Zustände in Oberschlesien

B. **Berlin**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Mitglieder der Ententekommission sind, wie verlautet, nach Oberschlesien abgereist, und zwar im Auftrag des Alliierten Rates. — In Beuthen und Bismarckhütte sind, wie von dort gemeldet wird, durch die Franzosen über zwanzig Verhaftungen von Deutschen vorgenommen worden. — Die interalliierte Kommission in Oppeln hat die Bewaffnung der Sokol-Vereine in Oberschlesien auf Grund des Friedensvertrages untersagt.

•

Zwei neue Noten an die Entente

B. **Berlin**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zwei neue deutsche Noten sind gestern nach Paris abgegangen. Die eine behandelt die Unmöglichkeit der Ablieferung weiteren geforderten Schiffsraumes an die Entente, und die zweite betrifft die letzten Vorgänge in Beuthen und dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet.

•

Unsre Vertretung in Spa

B. **Berlin**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett hat von der Ernennung der Delegierten für die Konferenz in Spa entgegen der ursprünglichen Absicht bis zu dem Abschluß der Reichstagswahlen Abstand genommen, da nach dem Ausfall der Wahlen Umbildungen der Reichsregierung nicht ausgeschlossen sind.

•

Italien kämpft um Gleichberechtigung

* **Kopenhagen**, 3. Juni. Wie „Berlingske Tidende" aus London erfährt, hat die italienische Regierung eine scharfe Note an Frankreich und England gerichtet, in der sie Einspruch dagegen erhebt, daß auf Konferenzen wie derjenigen von Hythe die gemeinsamen Angelegenheiten der Verbündeten ohne Italiens Mitwirkung entschieden werden. Nitti erklärte, solche Entscheidungen könne Italien nicht anerkennen. Hält man eine vorbereitende Besprechung vor der Konferenz von Spa für notwendig, so wolle Italien daran teilnehmen. Ferner protestiert Nitti dagegen, daß die Frage der deutschen Entschädigungssumme nur von französischen und englischen Sachverständigen behandelt werde. Die Ursache dafür, daß Italien sich bei den Londoner Verhandlungen mit Krassin nicht auch vertreten lasse, sei Nittis Abneigung gegen Konferenzen, an denen nicht alle Verbündete teilnehmen.

•

Deschanel läßt sich vertreten

⊕ **Genf**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das „Journal des Débats" meldet: Präsident Deschanel hat dem Ministerrat um gesetzliche Maßnahmen für seine Vertretung ersucht. Der Präsident tritt auf Anraten der Aerzte einen länger dauernden Erholungsurlaub an, der ihn zum Teil außerhalb Frankreichs führt.

•

Das Ausscheiden der Amerikaner aus der Rheinlandkommission

Wie das „Echo du Rhin" in Mainz mitteilt, ist der Rücktritt des amerikanischen Vertreters bei der Rheinlandkommission, Noyes, auf Veranlassung der Washingtoner Regierung, und zwar wegen der Unmöglichkeit einer unverzüglichen Ratifizierung des Versailler Vertrages erfolgt. Noyes kehrt mit den Mitgliedern der amerikanischen Sektion der Rheinlandkommission nach Amerika zurück, während der Oberkommandierende der Streitkräfte im Rheinlande, General Allen, eine Reorganisation im Stabe vorbereitet, um die Zusammenarbeit der amerikanischen Zone mit der Rheinlandkommission zu sichern.

•

Lahme Entschuldigungsversuche!

„Journal des Débats" beschäftigt sich heute mit der Frage der schwarzen Truppen in Deutschland und gibt zu, daß in der Pfalz 10000 Mann schwarzer Truppen gestanden haben, daß aber darunter 20 Prozent Europäer seien. Als Entschuldigung dafür, daß vom 8. bis 18. April in Darmstadt schwarze Besatzung war, führt das Blatt an, es seien eben die Truppen gewesen, die am nächsten den beiden Städten gelegen gewesen seien, und die Ueberraschung sei seinerzeit einer der Hauptfaktoren des Erfolges der Besetzung gewesen. „Journal des Débats" gibt ferner zu, es hätte sich tatsächlich eine kleine Zahl bedauerlicher Vorgänge ereignet. Aber das seien Ausnahmefälle gewesen und die Bestrafungen durch das französische Oberkommando seien sehr streng (!) gewesen. Jede Anzeige sei untersucht worden und es seien Verurteilungen erfolgt von zwei bis fünf Jahren Gefängnis. Aber nicht immer sei man zu einer Bestrafung geschritten, weil man sehr oft hätte feststellen können, daß das Opfer einverstanden gewesen sei. Auch in diesem Falle seien Disziplinarstrafen verhängt worden. Wenn man eine vollständige Statistik aufstellen könnte, dann würde man erkennen, daß es sich nur um eine geringe Zahl strafbarer Akte gehandelt habe.

•

Zur Französierung des Elsaß

B. **Karlsruhe**, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen Straßburger Blätter wurde der Termin zur Entfernung der noch im Elsaß befindlichen deutschen Kriegerdenkmäler aus den Jahren 1870/71 auf den 1. August festgesetzt. Der Erlaß der Regierung ordnet nicht nur die Entfernung, sondern auch die Einschmelzung der Denkmäler an, soweit sie frühere deutsche Hoheitszeichen darstellen.

Das Kriegsgefangenen-Abkommen mit Ungarn

× **Budapest**, 2. Juni. (Ungarisches Korr.-Bureau.) Der Minister des Aeußern Graf Teleki hat in der Nationalversammlung mitgeteilt, daß zwischen Deutschland und Ungarn ein Uebereinkommen in der Kriegsgefangenenfrage zustandegekommen ist. Da aus Deutschland 200000 kriegsgefangene Russen in ihre Heimat gebracht werden, während nur 30000 kriegsgefangene Deutsche aus Rußland heimzubefördern sind, sollen in den zurückkehrenden leeren Waggons die in Westsibirien befindlichen ungarischen Kriegsgefangenen zunächst nach Deutschland und von dort nach Passau oder andern Grenzstationen gebracht werden. Die Fahr- und Verpflegungskosten werden von Deutschland vorgestreckt und von Ungarn durch das Internationale Rote Kreuz im Verrechnungswege verglichen. Außerdem werden von Ungarn die auf ungarischem Gebiete befindlichen deutschen Kriegsgefangenen an einen deutscherseits zu bezeichnenden Grenzort befördert und die Kosten verrechnet.

Petroleumpolitik

Von unserm O-Mitarbeiter

Rotterdam, 31. Mai

In dem während des Krieges durch die englische Zensur verbotenen Buche: „Die Politik der Entente, 1904 bis 1914", führt der bekannte Publizist Professor Bertrand Russel aus, daß das englisch-russische Abkommen über Persien (31. August 1907) einen Angelpunkt in der deutschfeindlichen Politik Englands bilde; damals sicherte sich England die Kontrolle über den Persischen Golf und damit über die dortigen Erdöllager, die, so schreibt Russel, für die Versorgung der britischen Kampfflotte von nicht zu unterschätzendem Werte waren. Das heutige Protektorat Englands über Persien läßt sich als logische Fortsetzung der wichtigen Bestrebungen bezeichnen, die darauf gerichtet sind, nicht allein ein Sicherungsgebiet zu schaffen, das Indien vor antienglischen Einflüssen aus Vorderasien schützen soll, sondern auch das persische Erdöl, dieses zu hoher Bedeutung gelangte Versorgungsmittel, in den Dienst der Kriegsflotte Englands zu stellen.

Während des Krieges waren die Alliierten auf die zwei Hauptlieferanten: Standard-Oil-Company (amerikanisch) und die „Königliche Petroleum-Gesellschaft" (holländisch) angewiesen. Den beiden Gesellschaften verdankt die Entente zum nicht geringen Teile den Endsieg, das gibt der französische Senator Henry Bérenger, ein Kenner der Petroleum-Versorgung der Alliierten, unumwunden zu. Die Standard-Oil-Company übt aber heute, nach dem Auseinanderfallen des von den Alliierten während des Krieges geschaffenen Petroleum-Konvents, ihre Dehnungspolitik weiter aus und bekundet, zum nicht geringen Unmute der britischen Schiffahrts- und Kriegsmarinekreise, eine „imperialistische Neigung". Die vorsichtige holländische Gesellschaft benimmt sich korrekt, sie beschäftigt einen Beamtenstab aus allen Nationen — während des Krieges hatte sie die Deutschen entlassen — und stellt sich in den Dienst des „erdöldurstigen" Europa. Die Beziehungen zwischen den britischen Erdölgesellschaften (hauptsächlich der anglo-persischen) und der „Königlichen" (so nennt man kurz die holländische) waren während des Krieges glänzend und sind es auch heute noch.

Trotzdem sah sich England, das aus diesem Kriege mit einem gewaltigen territorialen Zuwachs herausgekommen ist, gezwungen, die Erdöl-Eroberungspolitik mit noch viel schärferem Nachdrucke zu betreiben als früher. Die Vereinigten Staaten sind im Besitze, ihre Flotte von dem Kohlenverbrauche größtenteils unabhängig zu machen, England muß den Vorsprung gewinnen. Das ist nur dann möglich, wenn es über Erdölquellen in ausgebreitetem Maße verfügt, auf die Bereitwilligkeit der Standard Oil und des Mexican Eagle (die mexikanische Erdölgesellschaft) nicht angewiesen ist. Mit einer breit angelegten Offensive ist die englische Regierung, gedrängt durch die tonangebenden Marinekreise, zur Erwerbung der stärksten Erdöllager übergegangen. In Persien festigte sie ihre Interessen, sie strebt auf Batum los, nachdem Baku besetzt ist. Sebastopol befindet sich in britischer Hand. Nicht genug damit, läßt sie Kaufpakte erdölhaltiger Territorien in Südamerika abschließen. Sie führt einen rücksichtslosen Kampf ums Erdöl, der mit Englands künftiger Seeherrschaft eng verbunden ist.

Die Vereinigten Staaten sind auch nicht skrupelhaft in der Wahl ihrer Streitmittel. Sie greifen tief ins französische Kolonialreich hinein, um Erdölquellen zu erobern. In Algerien, in Marokko, Tunesien, selbst im Elsaß spüren die Amerikaner nach und lassen sich diese Studien Millionen Dollars kosten. In Mexiko wird ein schwerer Streit ausgefochten, in Südamerika desgleichen. Manche politische Verstimmung zwischen John Bull und Onkel Sam ist auf die Jagd nach den Erdölquellen zurückzuführen. Amerikanische Petroleummagnaten stiften, aus purer Verstimmung, die irische Unabhängigkeitsbewegung und schicken den Aegyptern, den Indern Geld für ihren Freiheitskampf. Mesopotamien in Englands Hand — es ist das Schlimmste, was man den amerikanischen Erdölsuchern antun konnte.

Die Kleinlich nimmt sich da der frühere Streit zwischen den deutschen Erdöl-Gesellschaften und den englischen sowie franko-russischen Unternehmungen aus. England kam vom Regen in die Traufe. Es muß heute einen furchtbaren Kampf um die Weltstellung führen, — einen Kampf, der im Lande selbst mit nervöser Unruhe verfolgt wird. Da war der Streit gegen die sogenannten „pangermanistischen Erdölgesellschaften", über deren Vernichtung sich die Franzosen viel mehr als die Engländer freuen, eine einfachere Sache.

Wir stehen erst am Beginn des Streites. Auch Frankreich bereitet seine Beteiligung vor. Die französischen Marinekreise, geführt von dem Konteradmiral Degoun, fordern eine „Petroleumpolitik". Andernfalls bleibt der Wiederaufbau der französischen Kriegsflotte eine Schimäre. Frankreich wird sehr schwer zu der ersehnten „Petroleumpolitik" gelangen können. Was es vor dem Kriege auf diesem Gebiete leistete, schien ansehnlich, aber den Anforderungen der Nachkriegszeit genügt es nicht. Frankreich kommt zu spät bei der Erdöleroberung; es wird zusehen müssen, wie England seine Kriegs- und Handelsflotte, unter Zuhilfenahme des Oelbetriebes, neu aufbaut und entwickelt. Von der Gnade Amerikas wird Frankreichs „Petroleumpolitik" größtenteils abhängig sein, ebenso, wie es mit vielen andern Rohstoffen der Fall ist. Der Kampf ums Erdöl ist eine anglo-amerikanische Angelegenheit geworden, wobei sich England der holländischen Bundesgenossenschaft erfreut.

Internationaler Verkehr

In Passau fand, wie gemeldet wird, vom 28. bis 31. Mai auf Einladung der deutschen Eisenbahnverwaltungen und unter Vorsitz Deutschlands eine Konferenz über die internationalen Personentarife statt. Außer den deutschen Reichseisenbahnen waren die englischen, holländischen, belgischen, italienischen, schweizerischen, tschecho-slowakischen, polnischen und zum ersten Male auch die französischen Eisenbahnverwaltungen vertreten. Die Verhandlungen, die sich zunächst wegen der verschieden schwankenden Währung schwierig gestalteten, führten schließlich in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung. Es wird demnach in absehbarer Zeit wieder möglich sein, mit durchgehenden Fahrkarten und ohne Umabfertigung von Gepäck von großen Städten des eigenen Landes nach denen des andern zu reisen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200604/1